



WHAT'S THE DEAL? – HANDEL MIT FOLGEN

Wie der europäische Agrar- und Lebensmittelhandel angepasst werden muss, um gerechte Ernährungssysteme zu schaffen

Dieses Positionspapier zeichnet die Probleme der europäischen Handelspolitik nach, die in ihrer derzeitigen Form sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU gerechte, nachhaltige und widerstandsfähige Lebensmittelsysteme verhindert. Es zeigt strukturelle Schwächen des Agrar- und Lebensmittelhandels auf – die übermäßige Abhängigkeit von industriellen Lieferketten, schädliche Subventionen, Unternehmenskonzentration – und liefert konkrete, auf Agrarökologie, Ernährungssouveränität und Klimagerechtigkeit ausgerichtete Reformvorschläge.

Dieses Positionspapier ist ein Appell an politische Entscheidungsträger*innen, Mensch und Planet über Profite zu stellen und entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Im Frühling 2025 haben Handelskrisen, ausgelöst durch US-Zolldrohungen, die Fragilität des globalen Ernährungssystems offengelegt – ein derart prekäres System, dass eine einzige Regierung es vollständig aus dem Gleichgewicht bringen und Millionen Menschen in Hunger und Armut stürzen kann. Doch in Krisenzeiten eröffnen sich auch neue Möglichkeiten. Slow Food fordert einen entschlossenen und integrativen Wandel hin zu Lebensmittelsystemen, die gutes, sauberes und faires Essen für alle ermöglichen.

Inhaltsverzeichnis

Warum wir einen Wandel im Lebensmittelhandel brauchen	2
Die Ursachen des Problems	3
Die Slow-Food-Vision: Leitlinien für den Wandel	5
EU-Handelspolitik: Hebel für Veränderung und Handlungsempfehlungen	6
1. Produktionsstandards müssen auch für Importe gelten	6
2. Massentierhaltung muss abgeschafft werden	8
3. Die den Lebensmittelsystemen zugrunde liegenden Machtverhältnisse müssen neu ausgelotet werden	9
Fazit: Für einen Lebensmittelhandel im Einklang mit der Agrarökologie	10

POLITISCHE SCHLUSSFOLGERUNGEN:

1. Die Gemeinsame EU-Agrarpolitik (GAP) ist so zu reformieren, dass sie den agrarökologischen Wandel unterstützt, faire Einkommen für Landwirt*innen garantiert und die Wiederbelebung der ländlichen Wirtschaft fördert.
2. Die Anwendung von Einfuhrbestimmungen ist sicherzustellen, damit Agrar- und Lebensmittelimporte aus Drittstaaten den EU-Standards für Umwelt, Gesundheit, Soziales und Tierschutz entsprechen (sogenannte „Spiegelmaßnahmen“).
3. Lokale Lebensmittelsysteme sind zu stärken, ein faires Lebensmittelumfeld zu fördern und der Abhängigkeit von extraktiven globalen Lieferketten entgegenzuwirken.
4. Unternehmen sind durch Sorgfaltspflichten, transparente Lieferketten und Marktregulierung zur Rechenschaft zu ziehen.
5. Ernährungssouveränität und die Biodiversität im Agrarbereich sind das Rückgrat widerstandsfähiger Lebensmittelsysteme und entsprechend zu schützen. Hierfür ist die Vielfalt des kulturellen Erbes an Lebensmitteln zu nutzen und eine integrative Steuerung der Lebensmittelsysteme sicherzustellen.

Warum wir einen Wandel im Lebensmittelhandel brauchen

Der Welthandel ist ein hochgradig vernetztes System, geprägt von historischen Vermächtnissen, Konzerninteressen und politischen Entscheidungen, bei denen zu oft Produktivität und Profit über Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit gestellt werden. Gerade im Handel mit Nahrungsmitteln zeigt sich die mächtige Wirkung von handelspolitischen Maßnahmen auf die bestehenden Lebensmittelsysteme. Sollen diese Maßnahmen einem echten Wandel dienen, dürfen Konzerngewinne und der Export von Rohstoffen nicht länger priorisiert werden. **Stattdessen ist Handelspolitik auf eine Agrar- und Lebensmittelpolitik auszurichten, die dem Gemeinwohl dient und Ernährungssouveränität, ökologische Widerstandsfähigkeit, Ernährungssicherheit und eine saisonale, vielfältige und gesunde Ernährung für alle gewährleistet – jetzt und in Zukunft.**

Auch wenn Lebensmittel heute in einem noch nie dagewesenen Ausmaß über Grenzen hinweg gehandelt werden, leiden viele Gemeinschaften – insbesondere im Globalen Süden – unter Ernährungsunsicherheit, Landverlust und der wirtschaftlichen Abhängigkeit von extraktiven Landwirtschaftsverfahren. Das Narrativ, dass globale, industrialisierte Nahrungsmittelketten die Welt ernähren können, hat sich in den vergangenen 40 Jahren immer wieder als falsch erwiesen – trotzdem bestimmt es unsere Handelspolitik. Die Handelsliberalisierung hat die Umwidmung von Land und Ressourcen zugunsten von für den Export bestimmten Anbaufrüchten (sogenannten „Cash Crops“) wie Soja und Palmöl gefördert – auf Kosten vielfältiger Nahrungsmittel für den lokalen oder regionalen Verbrauch, was diese sehr anfällig für globale Marktschocks und Preisschwankungen macht.¹

Gleichzeitig überschwemmen Überschüsse aus Ländern des Globalen Nordens zu Dumpingpreisen die Märkte der ohnehin schon geschwächten lokalen Ernährungssysteme und untergraben so zusätzlich die Ernährungssouveränität. Letztlich hat die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität im Globalen Norden weder die Ernährungsunsicherheit in der EU und weltweit beseitigen



noch eine gesunde Ernährung für alle gewährleisten können.² Die durch ausländische Investitionen und globale Marktanreize vorangetriebene Liberalisierung ermöglicht außerdem Land Grabbing, wodurch kleinbäuerliche Betriebe zusätzlich verdrängt werden. Dieses Modell fördert Armut, nicht Menschen. Hunger trifft in erster Linie die ärmsten und marginalisiertesten Menschen, nicht etwa, weil es nicht genug Nahrungsmittel gibt, sondern weil sie sich diese nicht leisten können oder ihnen der Zugang zu den notwendigen Ressourcen fehlt, um sie selbst zu produzieren. Wie dringend der Wandel hin zu einem landwirtschaftlichen Modell ist, das mit den planetaren Grenzen und der ländlichen Entwicklung vereinbar ist, ist hinreichend dokumentiert.³ Um unsere Ernährungssysteme weltweit zu verbessern,⁴ muss sich der globale Lebensmittelhandel verändern und mit den Prinzipien der Agrarökologie in Einklang gebracht werden.⁵

Slow Food fordert politische Maßnahmen, die die Ausweitung diversifizierter agrarökologischer Lebensmittelsysteme unterstützen. Zahlreiche Studien legen nahe, dass letztere wiederum lokalen Gemeinschaften und Ökosysteme zugutekommen.⁶ Der Aufbau nachhaltiger Handelsbeziehungen setzt voraus, dass alle Beteiligten (das heißt Menschen, natürliche Ressourcen, die biologische Vielfalt, Tiere) davon profitieren, damit Ökosysteme geschützt, Arbeitsbedingungen von Landarbeiter*innen verbessert, und sichere, hochwertige Lebensmittel für alle zugänglich gemacht werden können. **Aktuell jedoch verhindern der derzeit praktizierte saisonunabhängige Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, der Import von mit pestizidintensiven, gentechnisch veränderten Kulturen hergestelltem Futtermittel, unethische Formen der Tierhaltung sowie**

1. "Another Perfect Storm," IPES-Food (2022).

2. Für weitere Informationen, siehe den Wortbeitrag des Ökonomen Françoise Gérard (CIRAD) im Zuge des Panels „International trade and food sovereignty“ auf der Konferenz ["Rethinking Agricultural Markets: Insights from the International Conference of Researchers and Farmers"](#), am 04.03.2025.

3. "Sechster IPCC-Sachstandsbericht – Arbeitsgruppe II & III" (2022); "The State of Food and Agriculture 2023: Revealing the True Cost of Food," FAO (2023); "From Uniformity to Diversity" IPES-Food (2016); "Sustainability Transitions: Policy and Practice," Europäische Umweltagentur (2021), aber auch politische Verpflichtungen im Rahmen internationaler Abkommen, wie dem Pariser Klimaabkommen, dem Globalen Biodiversitätsrahmen von Kunming-Montreal und auf EU-Ebene dem Green Deal.

4. Für mehr Informationen zur Definition nachhaltiger Ernährungssysteme siehe auch das Slow-Food-Positionspapier ["Ein Slow-Food-Ansatz für gute, saubere und faire Ernährungssysteme in der EU"](#)

5. "A 10+13 agroecology approach to shape policies and transform EU food systems," Food Policy Coalition (2021).

6. Siehe auch ["Agroecology: A Slow Food Brief"](#) (2024) für weitere Informationen zu diesem dynamischen Konzept und der Arbeit von Slow Food.

Tiertransporte über lange Strecken den Aufbau nachhaltiger Lebensmittelsysteme, wie Slow Food sie propagiert.

Die Europäische Union spielt eine zentrale Rolle im Welthandel und hat die Macht, Lebensmittelsysteme neu zu gestalten, indem sie hinterfragt, womit wir handeln, wie wir handeln und warum wir das tun. In den letzten Jahren hat die EU durchaus erkannt, dass Landwirtschaft nachhaltiger zu gestalten ist, konkret beispielsweise durch den Green Deal und die „Vom Hof auf den Tisch“-Strategie. Auch wenn diese Initiativen – Stand Juni 2025 – zunehmend aus dem Fokus der EU-Entscheidungsträger*innen zu geraten scheinen, bleiben sie ein erster wichtiger Schritt weg vom bisherigen „Business as usual“, der auch im Bericht über den Strategischen Dialog⁷ 2024 noch einmal bekräftigt wurde.

Eine Neuausrichtung auf eine umwelt- und sozialverträgliche Landwirtschaft müsste jedoch auch eine Abkehr von den globalen Lieferketten großer Konzerne und von deregulierten Agrar- und Lebensmittelmärkten beinhalten. Diese profitieren aktuell erheblich von den EU-Handelsregeln. Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) etwa teilt einen Großteil der öffentlichen Mittel Agrarbetrieben zu, die in globale Lieferketten eingebunden sind, und trägt so zu einem europäischen Lebensmittelsystem bei, das – bezogen auf Importe und Exporte – stark vom globalen Handel abhängig ist.

Die Unzufriedenheit mit dem europäischen Agrar- und Lebensmittelsystem – die sich etwa in den Bauernprotesten Anfang 2024 entlud – kann zum Teil auf Richtlinien wie diese zurückgeführt werden. Diese Richtlinien führen zu niedrigem Einkommen und wachsendem Druck auf Landwirt*innen, die in der EU im Durchschnitt deutlich weniger verdienen⁸ als Beschäftigte anderer Branchen. In einer Zeit zunehmender globaler Handelskonflikte und ökologischer Instabilität steht die Europäische Union vor der entscheidenden Frage, ob sie am Status quo festhalten oder den Weg für einen grundlegenden Wandel ebnen möchte. Die kürzlich veröffentlichte „Vision für Landwirtschaft und Ernährung“⁹ (Februar 2025) spricht sich für einen attraktiven und widerstandsfähigen Agrar- und Lebensmittelsektor aus – doch für diese Vision muss der globale Handel im Sinne von Nachhaltigkeit, Fairness und Ernährungssouveränität reformiert werden.

Die Ursachen des Problems

DIE INDUSTRIALISIERUNG VON LEBENSMITTELSYSTEMEN

Der globale Lebensmittelhandel fußt auf der Industrialisierung landwirtschaftlicher Systeme, die intensiven Produktionsformen Vorrang gibt, Agro-

MONOPOLE PRÄGEN DEN LEBENSMITTELMARKT¹⁰

Multinationale Konzerne beherrschen große Teile der Lieferketten für Nahrungsmittel: von Saatgut und Düngemitteln, über die Verarbeitung bis hin zum Einzelhandel. Diese **Konzentration** gibt einer Handvoll Agrarunternehmen und Finanzakteuren die Kontrolle über die Lieferketten. Das führt zu einer wachsenden Abhängigkeit von globalen Märkten und untergräbt Ernährungssouveränität.¹¹ So beherrschen zum Beispiel die sogenannten „ABCD“-Konzerne – Archer Daniels Midland (ADM), Bunge, Cargill und Louis Dreyfus – gemeinsam den Großteil des **weltweiten Getreidehandels**, und bestimmen damit auch Preise und Marktzugänge. Ihre Dominanz in den Bereichen Logistik, Lagerung und Vertrieb verschafft ihnen gegenüber Landwirt*innen und Verbraucher*innen einen Stellungs Vorteil, wobei Gewinnmaximierung stets über Ernährungssicherheit gestellt wird. In der **Saatgutindustrie** sieht es ähnlich aus: Einige wenige Großkonzerne wie Bayer-Monsanto, Corteva und Syngenta kontrollieren einen erheblichen Anteil des globalen Saatgutmarktes. Durch restriktive Patente auf gentechnisch verändertes und hybrides Saatgut zwingen sie Landwirt*innen dazu, jedes Jahr neues Saatgut zu erwerben. Das schränkt die Auswahlmöglichkeiten ein, verstärkt die Abhängigkeit und untergräbt sowohl die Autonomie der Landwirt*innen als auch die Vielfalt der angebauten Kulturen.



7. Der [Strategische Dialog zur Zukunft der EU-Landwirtschaft](#) war eine von der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen 2024 eingeleitete Initiative, an der sich auch Slow Food beteiligte. Der strategische Dialog brachte wichtige Interessenträger*innen aus der gesamten Lebensmittelkette zusammen, darunter Landwirt*innen, Genossenschaften, Agrar- und Lebensmittelunternehmen und ländliche Gemeinschaften, sowie Nichtregierungsorganisationen, Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und von Finanzinstitutionen und Hochschulen.

8. ["EU Farm Economics Overview"](#), Generaldirektion Landwirtschaft und landwirtschaftliche Entwicklung.

9. ["Vision für Landwirtschaft und Ernährung"](#), Europäische Kommission (2025)

10. ["Food Barons 2022 - Crisis Profiteering, Digitalization and Shifting Power"](#), ETC Group (2022).

11. ["The rise of big food and agriculture: corporate influence in the food system"](#), Jennifer Clapp (2022).

biodiversität zerstört und gleichzeitig natürliche Ressourcen, Menschen und Tiere ausbeutet. **Um maximale Erträge zu erzielen, wird auf industrielle Landwirtschaft und Monokulturen gesetzt. Doch Methoden wie diese haben ihren Preis: Bodenverarmung, die Verschmutzung von Ökosystemen, Wassermangel und die Ausbeutung von Arbeitskräften sind nur einige der damit einhergehenden Probleme.**

Diese Entwicklung zeigt sich besonders deutlich in der EU, wo Landwirt*innen zunehmend unter Druck geraten zu expandieren, da sie ansonsten Gefahr laufen, ihre Betriebe aufgeben zu müssen. In den letzten 15 Jahren ist die Zahl der kleinbäuerlichen Betriebe um 44 % zurückgegangen, während die Zahl sogenannter „Mega-Farms“, die jährlich mehr als 250.000 Euro erwirtschaften, um 56% gestiegen ist.¹² Öffentliche Subventionen und private Finanzierungsmittel fließen fast ausschließlich an diese Großunternehmen. So entsteht ein Teufelskreis, in dem eine Vielzahl kleinbäuerlicher Betriebe verdrängt und die wirtschaftliche Macht zunehmend in den Händen Weniger konzentriert wird.¹³

Die heutige hochspezialisierte Landwirtschaft ist zunehmend auf weit entfernte Märkte statt auf lokale Bedürfnisse ausgerichtet. Einige wenige Konzerne sind in der Lage, maßgeblich alle Stufen der Wertschöpfungskette zu beeinflussen: vom Saatgut und chemischen Betriebsmitteln über die Verarbeitung bis hin zum Einzelhandel. So hat sich die Landwirtschaft immer weiter von vielfältigen, ortsgebundenen Systemen entfernt und die Erosion der Agrobiodiversität beschleunigt. Weltweit finden sich in den Supermarktregalen die immer gleichen Produkte – mit dem Ergebnis einer zunehmenden Homogenisierung der Geschmäcker. Industriell gefertigte, standardisierte Lebensmittel verdrängen eine reiche Vielfalt an Nährstoffen, Geschmacksrichtungen und regionalen Zutaten. **Doch genau dieses Erbe biologischer Vielfalt – welches von Konzernen vernachlässigt wird und langsam verschwindet¹⁴ – ist von entscheidender Bedeutung für den Aufbau klimaresistenter und gesunder Ernährungssysteme der Zukunft.** Alte Pflanzensorten und traditionelle Methoden der Lebensmittelzubereitung machen jede Region einzigartig, wirtschaftlich wettbewerbsfähig, ökologisch tragfähig und widerstandsfähig. Sie sind zudem Grundpfeiler einer vielfältigen und erschwinglichen Ernährung.¹⁵

12. ["Go Big or Go Bust,"](#) Greenpeace European Unit (2024).

13. ["Go Big or Go Bust,"](#) Greenpeace European Unit (2024).

14. ["If Biodiversity Lives, the Planet Lives,"](#) Slow Food (2020).

15. ["Das Rezept von Slow Food für gute, saubere und faire Lebensmittelsysteme,"](#) Slow Food (2023); ["A Biodiverse Diet Means a Healthy Diet,"](#) Slow Food (2022).

16. Eine Ware ist ein Produkt, das rein als Objekt gehandelt wird und dessen Wert allein an seinem Preis bemessen wird, unabhängig seiner kulturellen, ernährungsphysiologischen oder ökologischen Bedeutung. Wenn Lebensmittel auf ihren Warenwert reduziert werden, geht die Verbindung zu Ort, Mensch und Natur verloren – und damit auch Vielfalt, Qualität und Ernährungssouveränität.

17. ["The State of Food and Agriculture 2023: Revealing the True Cost of Food,"](#) Welternährungsorganisation (2023).

18. ["The Hidden Costs of Food,"](#) Food System Economics Commission.

LEBENSMITTEL ALS WARE ODER WARENWERT STATT WAHRER WERT

Lebensmittel auf ihren Warenwert zu reduzieren bedeutet, sie nicht mehr daran zu bemessen, wie nahrhaft oder wesentlich für den Erhalt von Ökosystemen sie sind, sondern allein an ihrem finanziellen Ertragspotential. Zu den Folgen gehört das Setzen falscher Prioritäten, problematische Machtkonzentration und die Verschleierung der wahren sozialen und ökologischen Kosten der Ernährung der Welt. **Obwohl angemessene, ausreichende und gesunde Nahrung ein Menschenrecht ist, dienen Lebensmittel zunehmend als Spekulationsobjekte,¹⁶ die völlig losgelöst von den realen landwirtschaftlichen Bedingungen an der Börse gehandelt werden.** Hedgefonds und institutionelle Anleger*innen beeinflussen die Preise von Grundnahrungsmitteln wie Weizen, Soja und Mais, indem sie auf deren zukünftige Entwicklung setzen. Die Folge: Marktschwankungen, unter denen sowohl Landwirt*innen als auch Verbraucher*innen leiden. Dieses Machtgefüge verdeckt die wahren Kosten eines im Kern extraktiven Modells, das die externen Effekte der Industrialisierung von Lebensmitteln verschleiert. Dabei können die Auswirkungen dieser Effekte gerade im Agrar- und Lebensmittelsektor aufgrund seiner engen Verflechtung mit Natur und Ernährung verheerend sein. Die Welternährungsorganisation geht davon aus, dass sich die versteckten Kosten unserer Lebensmittelsysteme – von Umweltzerstörung bis Mangelernährung – im Jahr 2020 weltweit auf 12,7 Billionen US-Dollar beliefen.¹⁷

Diese Kosten werden ausgelagert und müssen von der Gesellschaft getragen werden: von Landwirt*innen, ländlichen Gemeinden, Ökosystemen und Steuerzahler*innen. Während die Preise im Supermarkt niedrig erscheinen, zahlen wir den wahren Preis an anderer Stelle – in Form von Klimaschäden, Krisen im Gesundheitswesen und sozialer Ungleichheit.¹⁸

DAS PRIMAT DER ÖKONOMIE ODER DEREGULIERUNG STATT NACHHALTIGKEIT

Im Zuge der jahrzehntelangen Liberalisierung der internationalen Handelspolitik hat Marktzugang oberste Priorität erlangt, zulasten von Klimazielen, Umweltschutzmaßnahmen und sozialer Gerechtigkeit. Die Deregulierung von Agrarmärkten hat zu Preisschwankungen, Einkommensverlusten von Landwirt*innen und einer Machtkonzentration bei großen Agrarunternehmen beigetragen. Die Priorisierung von Marktzugängen durch die

Welthandelsorganisation (World Trade Organisation – WTO) und bilaterale Freihandelsabkommen (Free Trade Agreements – FTAs) ist Teil einer exportorientierten Politik, die eben jene Instrumente – Nahrungsmittelreserven, Marktregulierungen – schwächt, die die Preise für kleine und mittlere Erzeuger*innen stabilisieren könnten.¹⁹ **Diese Abkommen haben die Ausweitung industrieller Landwirtschaft im Ausland vorangetrieben und gleichzeitig kleinbäuerliche Betriebe innerhalb der EU und in Partnerländern geschwächt.** Wo diese im internationalen Preiskampf nicht mithalten können, bleiben sie auf der Strecke. Soziale Bewegungen und bäuerliche Gemeinschaften warnen seit Jahrzehnten vor den Folgen: Ein System, das auf Abhängigkeit, Ausbeutung und Machtausübung basiert, ist nicht nur für den Planeten untragbar, sondern auch grundsätzlich ungeeignet, Menschen zu ernähren und lokale Wirtschaftssysteme zu unterstützen.

FTAs wie das geplante EU-Mercosur-Abkommen²⁰, werben zwar mitunter mit Umweltklauseln, beinhalten in der Praxis jedoch Maßnahmen, die einen agrarökologischen Wandel verhindern, da sie auf dem Grundsatz einer fortschreitenden Liberalisierung der Agrar- und Lebensmittelmärkte beruhen. Sie lenken öffentliche Mittel und politische Aufmerksamkeit auf den Ausbau von Exportinfrastruktur – Häfen, Transportkorridoren und Subventionen für große Agrarkonzerne –, statt in lokale Ernährungssysteme zu investieren.²¹ Dies stärkt extraktive Wirtschaftsmodelle, von denen nur wenige mächtige Akteure profitieren, während kleinbäuerliche Betriebe, indigene Gemeinschaften und agrarökologische Praktiken ins Abseits gedrängt werden.



Die Slow-Food-Vision: Leitlinien für den Wandel

- **Handelspolitik ist im Einklang mit den Grundsätzen von Agrarökologie und Ernährungssouveränität neu auszurichten:** Im Unterschied zu anderen Handelsgütern sind Lebensmittel überlebenswichtig, ein Menschenrecht und eng mit unserer Kultur und Identität verwoben. Darin unterscheiden sie sich grundlegend von gewöhnlichen Waren. Um faire und widerstandsfähige Lebensmittelsysteme zu schaffen, muss die Handelspolitik weltweit den Fokus auf den Schutz natürlicher Ressourcen, die Existenzsicherung von Landwirt*innen und Landarbeiter*innen, Ernährungssouveränität sowie eine vielfältige und gesunde Ernährung für alle Menschen richten. Dazu braucht es ein grundlegendes Umdenken, was unsere Handelsregeln angeht, und einen starken Regelungsrahmen, der zur Wahrung von Ernährungssouveränität und Agrarökologie auf wirksame Kontrollmechanismen und gezielte Anreize setzt.
- **Lebensmittelsysteme sind zu relokalisieren:** Die wachsende Abhängigkeit der Landwirt*innen und Verbraucher*innen von globalen Lieferketten großer Konzerne untergräbt zunehmend die Gerechtigkeit unserer Ernährungssysteme, schwächt bäuerliche Strukturen und lokale Gemeinschaften. Dabei wissen wir längst, dass Wochenmärkte, Straßenhändler*innen, Genossenschaften, urbane Landwirtschaft, Online-Direktverkäufe, Lebensmittelzentren und Gemeinschaftsküchen jeden Tag dazu beitragen, bis zu 70 % der Weltbevölkerung zu ernähren.²² Diese vielfältigen, konzernunabhängigen Versorgungsstrukturen gilt es zu unterstützen, um unsere Widerstandsfähigkeit zu stärken und den Wandel hin zu nachhaltigen Lebensmittelsystemen voranzutreiben.

19. "Bauernverband: EU-Handelspolitik kollidiert mit Nachhaltigkeit und 'Lebensmittelsouveränität'" Euractiv (2024).

20. Stand Juni 2025.

21. "Alternatives for a fair and sustainable partnership between the EU and Mercosur: scenarios and guidelines." CISDL, E3G, FTAO, IEEP, Veblen Institute (2024).

22. "Food from Somewhere." IPES-Food (2024).

PESTIZIDE: DIE GIFTIGE DOPPELMORAL DER EU²³

Die EU erlaubt weiterhin den Export von Pestiziden, deren Einsatz innerhalb ihrer eigenen Grenzen aufgrund schwerwiegender Gesundheits- und Umweltrisiken verboten ist. Allein im Jahr 2018 exportierten EU-Staaten mehr als 81.000 Tonnen Pestizide²⁴, die 41 in der EU verbotene Wirkstoffe enthielten. Mehr als 75 % dieser Exporte gingen an Länder mit niedrigen oder mittleren Einkommen, in denen der Einsatz dieser Chemikalien nicht gesetzlich untersagt ist. Viele Landarbeiter*innen laufen dadurch Gefahr, beim Anbau von (mitunter für den Export in die EU bestimmten) Lebensmitteln mit diesen Wirkstoffen in Berührung zu kommen. Die möglichen Folgen reichen von Krebs und Unfruchtbarkeit bis hin zum Tod. Ebenso alarmierend sind die Umweltkosten: Die Verseuchung von Böden und Grundwasser schadet Ökosystemen und wirkt sich langfristig auch negativ auf die Erträge landwirtschaftlicher Nutzflächen aus, wodurch Landwirt*innen in einen Teufelskreis der Abhängigkeit von Pestiziden geraten. Warum misst die EU trotzdem weiter mit zweierlei Maß? Um das zu verstehen, müssen wirtschaftliche Interessen, regulatorische Schlupflöcher und die bestehenden Machtgefälle genauer betrachtet werden: Europäische Agrochemiekonzerne profitieren erheblich von diesen Exporten; mehr als ein Drittel ihres Umsatzes stammt aus dem Verkauf hochgefährlicher Pestizide²⁵, die für Mensch und Umwelt besonders schädlich sind.



EU-Handelspolitik: Hebel für Veränderung und Handlungsempfehlungen



1. PRODUKTIONSSTANDARDS MÜSSEN AUCH FÜR IMPORTE GELTEN

Aktuelle Fallstudien²⁶ zeigen am Beispiel wichtiger Agrarprodukte wie Soja und Rindfleisch, aber auch Äpfeln und Reis, wie auf EU-Märkten in erheblichem Maße mit Produkten gehandelt wird, die unter unzureichenden Umwelt-, Sozial- und Gesundheitsstandards produziert wurden. Aufgrund einer Gesetzeslücke gelten die von EU-Erzeuger*innen zu erfüllenden Produktionsstandards derzeit nicht für importierte Güter. Mit spürbaren Folgen:

1. EU-Landwirt*innen leiden unter unfairen Wettbewerbsbedingungen, wo importierte Produkte, die unter weniger strengen Auflagen hergestellt wurden, kostengünstiger produziert und somit auch zu niedrigeren Preisen verkauft werden können.
2. Das Risiko von Umwelt- und Gesundheitsschäden im Ausland steigt, wo importierte Produkte teilweise unter dem Einsatz von in der EU verbotenen Pestiziden angebaut werden.²⁷ Unbeabsichtigte Pestizidvergiftungen und der Einsatz nicht nachhaltiger Anbaumethoden können zu Umweltverschmutzung sowie Erkrankungen und Todesfällen bei Landarbeiter*innen führen.
3. Die Risiken für die öffentliche Gesundheit steigen, wo Lebensmittel in die EU eingeführt werden können, die chemische Rückstände enthalten oder aus der industriellen Massentierhaltung stammen, in der Antibiotika oder Hormone eingesetzt werden, die in Europa nur eingeschränkt zugelassen oder gar verboten sind.
4. Das Risiko für ausbeuterische Arbeitsbedingungen steigt, wo Arbeiter*innen, die an der Herstellung von Importware beteiligt sind, unter niedrigen Löhnen, unsicheren Arbeitsbedingungen oder Menschenrechtsverletzungen zu leiden haben.
5. Es droht ein Verlust des öffentlichen Vertrauens, wo Verbraucher*innen fälschlicherweise davon ausgehen, dass alle in der EU verkauften Lebensmittel denselben Sicherheits- und Nachhaltigkeitsstandards entsprechen.

23. Für weitere Informationen und Daten siehe auch den Slow-Food-Artikel "[Banned at home, sold abroad: the EU's pesticide hypocrisy](#)" (2025) und unterstütze die foodwatch- Kampagne: "[Keine verbotenen Pestizide auf unserem Teller!](#)"

24. "[Verbotene Pestizide: Die giftige Doppelmoral der Europäischen Union](#)" Public Eye (2020).

25. "[Syngenta & Co.: Milliarden-Umsätze mit Pestiziden, die krebserregend sind oder Bienen vergiften](#)" Public Eye (2020).

26. Weitere Informationen zu den Fallbeispielen und Ergebnissen finden sich im Bericht "[Double Standards On Our Plates](#)" (2024) veröffentlicht von Slow Food und acht weiteren Organisationen.

27. Brasilien beispielsweise ist das Land mit dem zweitgrößten Pestizidverbrauch der Welt und gleichzeitig der zweitgrößte Importeur von in der EU hergestellten, dort jedoch verbotenen Pestiziden "[Pesticides néonicotinoides : comment donner de l'ambition aux mesures miroirs européennes ?](#)," Veblen Institute, (2023).

- Die Umsetzung von Klima- und Biodiversitätszielen droht zu stagnieren, wo durch Nachfrage in der EU weiterhin weltweit umweltschädliche Verfahren in der Landwirtschaft finanziert werden.

Angesichts der von der EU importierten Warenmengen ist der Erlass von Einfuhrvorschriften zu Produktionsstandards – sogenannten „Spiegelmaßnahmen“ – ein notwendiger erster Schritt hin zu einer EU-Handelspolitik, die den Übergang zu nachhaltigen Lebensmittelsystemen aktiv unterstützt, statt ihn zu untergraben.

Definition: „Spiegelmaßnahmen“ sind in EU-Rechtsvorschriften verankerte Bestimmungen, die den Zugang zu EU-Märkten von der Einhaltung europäischer Produktionsstandards abhängig machen – egal wo Produkte hergestellt wurden. So sollen die wechselseitige Anerkennung von Produktionsstandards im Handel gefördert und Wettbewerbsverzerrungen auf Kosten von Landwirt*innen und Umwelt verringert werden. „Spiegelmaßnahmen“ unterscheiden sich von „Spiegelklauseln“ – letztere sind juristische, in Freihandelsabkommen (Free Trade Agreements – FTAs) verankerte Klauseln. Wichtig: FTAs sind an sich problematisch und Spiegelklauseln dementsprechend oft nur begrenzt wirksam; in manchen Fällen dienen sie gar als Täuschungsmanöver, wenn sie als Rechtfertigung für die Ausweitung der globalen Lieferketten großer Konzerne missbraucht werden.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN FÜR EU-ENTSCHEIDUNGSTRÄGER*INNEN

1. Regelungslücken für Giftstoffe sind zu schließen

- Importtoleranzen für verbotene Pestizide sind abzuschaffen, indem die Rückstandshöchstgehalte (Maximum Residue Limits – MRLs) für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf die Nachweisgrenze gesenkt werden – inklusive für Futtermittel und nicht für den Verzehr bestimmte Produkte.
- Die Einfuhr von Waren, die mit in der EU verbotenen Stoffen behandelt wurden, ist schrittweise – angefangen bei den gefährlichsten Chemikalien – zu untersagen.

- Die Herstellung und die Ausfuhr von verbotenen Pestiziden und Chemikalien in Nicht-EU-Länder ist zu untersagen.

2. Tierschutz- und Produktionsstandards sind rigoros durchzusetzen

- Weitere Einfuhrbestimmungen zum Tierschutz sind einzuführen: Die Verordnung 1099/2009 zum Schutz von Tieren im Zusammenhang mit der Schlachtung gilt bereits für Drittstaaten, die in die EU exportieren. Die EU muss diesen Ansatz insbesondere auf die Bereiche Zucht, Haltung, Transport und Rückverfolgbarkeit ausweiten. Die Einfuhr von Fleisch von Tieren, die mit wachstumsfördernden Antibiotika oder Tiermehl gemästet wurden, ist im Einklang mit den innerhalb der EU geltenden Beschränkungen zu untersagen.

3. Fairer, transparenter und gerechter Handel ist zu gewährleisten

- Handelsabkommen, die die Nachhaltigkeitsziele der EU untergraben, sind abzulehnen. Dazu zählt auch das EU-Mercosur-Abkommen, das ökologischen und sozioökonomischen Schaden verursachen würde.
- Der Wandel ist auch für Produzent*innen in Partnerländern gerecht zu gestalten: durch gezielte technische und finanzielle Hilfe, damit sie die höheren EU-Standards erfüllen können.
- Eine unverhältnismäßige Belastung kleinbäuerlicher Betriebe im Globalen Süden ist zu vermeiden, indem Unterstützungsmaßnahmen ihren spezifischen Gegebenheiten angepasst werden.
- Spiegelmaßnahmen sind schrittweise einzuführen, um eine Anpassung der Märkte zu erlauben und eine wirksame, gerechte Umsetzung sicherzustellen.





2. MASSENTIERHALTUNG MUSS ABGESCHAFFT WERDEN

Der industriellen Fleisch- und Milchproduktion kommt eine zentrale Rolle bei der Gestaltung globaler Ernährungssysteme zu. Sie beruht auf umweltschädlichen, ethisch fragwürdigen und wirtschaftlich unausgewogenen Rahmenbedingungen. Angetrieben durch die Nachfrage nach billigem Fleisch und günstigen Milchprodukten fußen diese auf langen, komplexen Lieferketten, die von der Verfügbarkeit von Futtermitteln wie Soja und Mais abhängig sind. Die Folge sind Entwaldung und der Verlust biologischer Vielfalt. Darüber hinaus trägt der Sektor zu einem erheblichen Teil der globalen Treibhausgasemissionen bei, weist eine katastrophale Tierschutz-Bilanz auf, beutet seine Arbeitskräfte aus und stellt eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit dar. Der übermäßige Konsum tierischer Produkte kann zu chronischen Gesundheitsproblemen führen. Trotzdem werden wertvolle Ressourcen wie Boden, Wasser und Getreide weiter ineffizient für die Futtermittelproduktion genutzt, statt direkt der menschlichen Ernährung zu dienen. In der EU weichen die Essgewohnheiten deutlich von Empfehlungen für eine gesunde Ernährung ab: 80 % der Europäer*innen essen nicht ausreichend Vollkornprodukte, Hülsenfrüchte, Obst und Gemüse.²⁸ Das derzeitige System aus globalen Lieferketten begünstigt dies, da ein erheblicher Anteil der importierten Agrarrohstoffe – ob Futtermittel oder tierische Produkte – mit der industriellen Massentierhaltung verknüpft ist.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN FÜR EU-ENTSCHEIDUNGSTRÄGER*INNEN²⁹

1. Der Ausstieg aus der industriellen Massentierhaltung ist zu unterstützen

- Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ist zu reformieren, indem Subventionen für intensive Tierhaltung abgeschafft und stattdessen eine pflanzenbasierte Landwirtschaft, agroökologische Betriebe und Weidesysteme mit höheren Tierschutzstandards gefördert werden.
- Für Landwirt*innen, die von industrieller Massentierhaltung auf gemischte Systeme mit höheren Tierschutzstandards und positiven ökologischen und sozialen

Auswirkungen umstellen, sind Schulungsmöglichkeiten und ausreichend finanzielle Unterstützung zur Verfügung zu stellen.

- Bei Futtermitteln ist auf in der EU angebaute Alternativen und zirkuläre Futtersysteme zu setzen, um den Druck auf Ökosysteme außerhalb der EU zu verringern.
- Entlang der gesamten Fleischlieferkette sind faire Arbeitsbedingungen sicherzustellen, etwa durch Arbeitsinspektionen und Schutzmaßnahmen für Wanderarbeiter*innen.
- Die Produktion pflanzlicher Proteine für den direkten menschlichen Verzehr ist zu steigern, um die Effizienz der Landnutzung sowie die Selbstversorgung und Wettbewerbsfähigkeit der EU zu verbessern.

2. Der Tierschutz ist entlang der gesamten Lieferkette stärken

- Die EU-weit geltenden Tierschutzstandards sind durchzusetzen und auf importierte Produkte auszuweiten.
- Investitionen in regionale Lebensmittelsysteme und lokale Infrastruktur (Verarbeitungsbetriebe, Schlachthöfe) sind zu priorisieren, um die Abhängigkeit von Großkonzernen und globalen Lieferketten zu verringern. Die Einrichtung und Nutzung kleiner, betriebsinterner und/oder mobiler Schlachthöfe ist zu fördern, um das Leiden der Tiere während des Transports und den Stress am Lebensende zu reduzieren.
- Der Export lebender Tiere ist zu untersagen.
- Zuchtfische sind in die Tierschutzgesetzgebung aufzunehmen und gemeinsame, artspezifische und überprüfbare Indikatoren für das Wohlergehen von Fischen entlang der gesamten Produktionskette (Transport, Schlachtung) festzulegen.

3. Pflanzenreiche Ernährung für alle ist zu fördern

- Es gilt einen EU-Aktionsplan für pflanzliche Lebensmittel zu entwickeln³⁰ als Fahrplan für den Übergang hin zu einer pflanzenreichen Ernährungsweise, die reich an lokalen und saisonalen Vollkornprodukten, Hülsenfrüchten, Gemüsesorten, frischen und getrockneten Früchten sowie Nüssen ist. Der Konsum tierischer Proteine soll

28. "How much fruit and vegetables do you eat daily?" Eurostat (2022).

29. Für weitere Informationen zu den Empfehlungen von Slow Food im Bereich Tierwohl, siehe auch "Policy Brief on Animal Welfare" (2023).

30. "Call for an Action Plan for Plant-Based Foods," Slow Food (2025) und andere Unterzeichner*innen.

reduziert und sichergestellt werden, dass diese lokalen und agrarökologischen Ursprungs sind.

- Es sind nachfragebezogene politische Maßnahmen zur Verbesserung des Ernährungsumfeldes zu erlassen, insbesondere durch die Förderung der Attraktivität und Verfügbarkeit pflanzlicher Proteine etwa in Form von Hülsenfrüchten – einem Grundpfeiler gesunder Ernährung –, deren Anbau für die Agrarökologie von zentraler Bedeutung ist.
- In Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden ist eine nachhaltige öffentliche Beschaffung von Lebensmitteln auf der Grundlage spezifischer Kriterien für Tierhaltung und Tierschutz sowie eines stärkeren Fokus auf den Verzehr von Hülsenfrüchten umzusetzen.



3. DIE DEN LEBENSMITTELSYSTEMEN ZUGRUNDE LIEGENDEN MACHTVERHÄLTNISSE MÜSSEN NEU AUSGELOTET WERDEN

In den vergangenen drei Jahrzehnten hat die EU im Bereich der Agrar- und Handelspolitik zunehmend auf Marktliberalisierung gesetzt – und so Ernährungssouveränität, faire Löhne für Landwirt*innen sowie den Übergang zu agrarökologischen Praktiken aktiv untergraben. Zum Wohle von Landwirt*innen, Gemeinschaften und Ökosystemen braucht es neue Marktregulierungen, die für Gleichgewicht, Gerechtigkeit und Verantwortung im Ernährungssystem sorgen.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN FÜR EU-ENTSCHEIDUNGSTRÄGER*INNEN

1. Unternehmensverantwortung und Lieferkettentransparenz sind zu stärken

- Verbindliche menschenrechtliche und ökologische Sorgfaltspflichten für Agrar- und Lebensmittelkonzerne sind entlang aller Stufen der Lieferkette durchzusetzen, einschließlich der Bereiche Beschaffung, Verarbeitung und Handel.
- Die Haftung von Unternehmen ist auszuweiten, um sicherzustellen, dass Unternehmen, die von schädlichen Praktiken wie

Entwaldung, exzessivem Pestizideinsatz oder der Ausbeutung von Arbeitskräften profitieren, rechtlich zur Verantwortung gezogen werden können.

2. Lokale Akteure und kurze Lieferketten sind zu stärken

- Faire Preisbildung und Richtlinien für die öffentliche Beschaffung, von denen all jene Landwirt*innen profitieren, die agrarökologische und sozial gerechte Anbaumethoden verwenden, sind zu fördern.
- Landwirtschafts- und Geschäftsmodelle, die die ländliche Wirtschaft diversifizieren, den lokalen Zusammenhalt stärken und die Abhängigkeit von globalen Rohstoffketten verringern, sind technisch und finanziell zu unterstützen.

3. Ernährungssouveränität und kulinarisches Erbe sind zu schützen

- Handelspolitik und Marktregeln sind so zu gestalten, dass das Recht von Gemeinschaften gewahrt wird, Lebensmittel entsprechend ihrer lokalen Bedürfnisse zu produzieren und zu konsumieren – frei von jeglicher Ausbeutung. Zivilgesellschaft, Bauernverbände und lokale Gemeinschaften sind aktiv in Handelsverhandlungen und Reformprozesse der Ernährungspolitik auf nationaler und EU-Ebene einzubeziehen.
- Es gilt, in den Erhalt von Agrobiodiversität zu investieren, einschließlich alter Pflanzensorten und traditioneller Rassen sowie Methoden der Lebensmittelzubereitung, die für die Anpassung an den Klimawandel, für lokale Esskulturen und die Ernährungssicherheit unerlässlich sind.
- Regionale Lebensmittelsysteme sind als öffentliches Gut anzuerkennen und zu fördern, da sie einen wichtigen Beitrag zu ökologischer Nachhaltigkeit, sozialer Gerechtigkeit und der demokratischen Kontrolle von Lebensmitteln leisten.



Für einen gerechten und wirksamen Wandel: Wie er gelingen kann

Die EU muss ihre Handelspolitik im Agrar- und Lebensmittelsektor dringend zeitnah zugunsten von Agrarökologie, Ernährungssouveränität und regionalen Lebensmittelsystemen neu ausrichten. Lebensmittelsysteme sind komplex, vielfältig und ständig im Wandel begriffen – isolierte politische Maßnahmen sind daher nicht die Lösung. Stattdessen bedarf es einer Reform der Handelspolitik, die mit umfassenden weiteren politischen Reformen einhergeht. **Der Wandel muss machbar, inklusiv und gut strukturiert sein, damit unbeabsichtigte Folgen – insbesondere für die am stärksten betroffenen Lebensmittelproduzent*innen – vermieden werden.**

Eine zentrale Herausforderung besteht darin, Handelsreformen gerecht zu gestalten. So wichtig die Stärkung von Nachhaltigkeitsstandards und die Förderung lokaler Lebensmittelsysteme auch ist, politische Maßnahmen dürfen die wirtschaftliche Realität kleinbäuerlicher Betriebe in der EU und weltweit nicht unberücksichtigt lassen. Dementsprechend müssen Einfuhrbestimmungen so umgesetzt werden, dass sie globale Ungleichheiten durch den Ausschluss von kleinbäuerlichen Betrieben – insbesondere im Globalen Süden – nicht noch weiter verstärken. **Finanzielle und technische Unterstützung muss Teil jeder Veränderung sein**, um einen gerechten Übergang zu gewährleisten. Tatsächlich kann und muss der Wandel für die Akteur*innen auch neue Möglichkeiten außerhalb des Status Quo eröffnen. Die Förderung kleinbäuerlicher Betriebe ist dabei ebenso wichtig wie die Unterstützung mittelgroßer, regional verankerter Betriebe, die Nachhaltigkeit mit wirtschaftlicher Lebensfähigkeit vereinen können. Politische Maßnahmen sollten ausreichend flexibel sein und auf verschiedenen Regierungsebenen umgesetzt werden können, um unterschiedlichen Produktionsmaßstäben zu genügen und gleichzeitig sicherzustellen, dass Handelsregeln nicht auf Kosten von Landwirt*innen und Verbraucher*innen Monopolisierung vorantreiben.

Eine weitere Herausforderung besteht darin, Marktabhängigkeit zu verringern und gleichzeitig Ernährungssicherheit zu gewährleisten. Viele Länder – sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU – sind bei der Beschaffung wichtiger Agrarrohstoffe auf den globalen Handel angewiesen. Die Relokalisierung von Lebensmittelsystemen und die Verringerung der Abhängigkeit von Importen sind zwar zentrale Ziele, eine abrupte Umstellung könnte jedoch zu kurzfristigen Störungen in den Lieferketten führen. Erforderlich ist daher ein schrittweiser, regional angepasster Ansatz,

der regionale Handelszentren und Lebensmittelnetzwerke stärkt und gleichzeitig internationale Foren und diplomatische Instrumente nutzt, um Handelsbeziehungen widerstandsfähig und gerecht zu gestalten.

Ein starkes, international koordiniertes Vorgehen ist unerlässlich, um zu verhindern, dass Handelsreformen zu einem weiteren Instrument sozialer Ungleichheit werden. Hier kann Plattformen wie dem Codex Alimentarius³¹ eine entscheidende Rolle zukommen. Durch die Einbindung zentraler Klima- und Biodiversitätskonzepte in internationale Standards für Lebensmittelsicherheit und -qualität kann die EU zur Etablierung eines neuen globalen Maßstabs für nachhaltigen Handel beitragen und gleichzeitig faire Wettbewerbsbedingungen für Produzent*innen auf der ganzen Welt gewährleisten.

Handelspolitik muss stets praxistauglich, anpassungsfähig und proaktiv im Kampf gegen Ungleichheiten sein. Sie darf nicht auf Schadensbegrenzung beschränkt sein, sondern muss Märkte aktiv umgestalten, um so den Wandel hin zu einer gerechten und nachhaltigen Zukunft der Ernährung voranzutreiben.

Fazit: Für einen Lebensmittelhandel im Einklang mit der Agrarökologie

In der Handelspolitik geht es im Kern nicht um technische Fragen - es geht um **Macht, Gerechtigkeit und die Zukunft unserer Ernährungssysteme**. Durch den gezielten Einsatz wirksamer Mechanismen kann die EU den Übergang zu einem Lebensmittelsystem schaffen, das statt nur auf Markteffizienz und Profit auf Vielfalt, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit setzt.

Zu lange schon hat die globale Handelspolitik kleinbäuerliche Betriebe und traditionelle Ernährungssysteme systematisch untergraben und zugelassen, dass massenproduzierte, standardisierte Waren regional angepasste und kulturell bedeutsame Lebensmittel verdrängen. Der dringend notwendige Wandel hin zu einem relokalierten Ansatz bedeutet jedoch nicht, Märkte voneinander abzuschotten. Vielmehr geht es darum, sicherzustellen, dass die Lebensmittelproduktion in erster Linie lokalen Bedürfnissen dient, ehe sie sich internationalen Marktdynamiken anpasst. Mittels der Förderung von regionalen Märkten, Agrarökologie und von Landwirt*innen geprägten Lieferketten können politische Entscheidungsträger*innen für ausgewogene Lebensmittelsysteme sorgen, die widerstandsfähig, gerecht und fest in ihren jeweiligen Gemeinschaften verwurzelt sind.

31. Der [Codex Alimentarius](#) ist eine Sammlung international anerkannter Lebensmittelstandards, Richtlinien und Verhaltenskodizes, die von der FAO und der Weltgesundheitsorganisation (World Health Organisation - WHO) festgelegt wurden, um Lebensmittelsicherheit, Qualität und faire Handelspraktiken zu gewährleisten.



WER WIR SIND

Slow Food ist eine weltweit aktive Basisbewegung, die 1989 gegründet wurde, um dem Verlust lokaler Esskulturen und -traditionen sowie dem Trend der Schnellebigkeit entgegenzuwirken – und Menschen dafür zu sensibilisieren, was wir essen, woher unser Essen kommt, und wie sich unsere Essgewohnheiten auf unsere Umwelt auswirken. Seitdem hat sich Slow Food zu einer weltweiten Bewegung mit mehr als einer Million Menschen in über 160 Ländern entwickelt, die sich für gute, saubere und faire Lebensmittel für alle einsetzen. Slow Food betrachtet Lebensmittel nicht isoliert, sondern als Teil eines großen Ganzen, eng verknüpft mit vielen weiteren Aspekten des Lebens wie Kultur, Politik, Landwirtschaft und Umwelt. Durch unsere Ernährungsgewohnheiten können wir gemeinsam Einfluss darauf nehmen, wie Lebensmittel angebaut, produziert und verteilt werden – und so die Welt verändern.

Veröffentlicht
im Juni 2025

Kontakt
Giulia Gouet
g.gouet@slowfood.it



Co-funded by the European Union. Views and opinions expressed are however those of the author(s) only and do not necessarily reflect those of the European Union or CINEA. Neither the European Union nor CINEA can be held responsible for them.